

Landkreis will umfassendes Inklusionskonzept

BILDUNG Schulausschuss möchte alle Schulformen berücksichtigen – Manche Eltern sind nach wie vor verunsichert

Der Anteil der Kinder mit Förderbedarf an den Regelschulen ist gestiegen.

AURICH/WJ – Seitdem 2013 an allen niedersächsischen Schulen die Inklusion eingeführt wurde, haben Eltern die freie Wahl, an welche Schule sie ihre Kinder schicken. Tatsächlich ist der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf an den sogenannten Regelschulen im Landkreis Aurich inzwischen angestiegen. Trotzdem herrscht bei einigen Eltern und auch an manchen Schulen nach wie vor eine große Verunsicherung. Das offenbarte Christoph Bahlmann, als er jetzt im Schulausschuss über die Arbeit seines Regionalen Beratungszentrums Inklusive Schule (RZI) berichtete. Der Ausschuss hat daraufhin beschlossen, ein umfassendes Inklusionskonzept für den Landkreis auf den Weg zu bringen.

Besondere Umstellungen

Besonders umstellen mussten sich vor allem jene Eltern, die ihre Kinder bisher an kleinen Förderschulen am besten aufgehoben gesehen haben. Solche Einrichtungen werden, wie zuletzt in Großheide, vermehrt aufgelöst, was auch mit daran liegt, dass die zur Verfügung stehenden sonderpädagogischen Kräfte möglichst effizient und flächendeckend eingesetzt werden sollen. Und diese Effizienz ist mit kleineren



„Ich kann nur die Vor- und Nachteile benennen. Die Entscheidung müssen letztlich die Eltern selbst treffen“: Christoph Bahlmann vom Regionalen Beratungszentrum.

FOTO: JÜRGENS

Schulen im Bunde nach Ansicht der Verwaltung nicht unbedingt gegeben. „Für größere Schulen ist es kein Problem, ständig ein bis zwei Sonderpädagogen zur Verfügung zu stellen“, erklärte Aurichs Erster Kreisrat Dr. Frank Puchert dazu. „Bei kleineren Schulen

wird das problematisch.“ Hinzu kommt, dass angehende Pädagogen in Aurich zwar die Option auf eine sonderpädagogische Ausbildung haben. Jedoch sollte man dann aber auch Sorge dafür tragen, „dass sie hier bei uns in der Region bleiben, wenn sie mit ihrer

Ausbildung fertig sind“, so ein Hinweis von Christoph Bahlmann. Der Bedarf ist jedenfalls allein schon deswegen enorm, weil der gestiegene Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf bei sämtlichen Schulformen bis hin zu den Berufsbildenden Schulen zu

beobachten ist. Lediglich die Gymnasien würden „etwas hinterherhinken“, wie Bahlmann am Mittwoch weiterhin zu berichten wusste, ohne konkrete Zahlen zu nennen.

„Ortsnahe Beratung“

Allerdings sollte man nicht vergessen, dass Christoph Bahlmann und sein der Landdeshschulbehörde unterstelltes RZI erst seit Beginn des laufenden Schuljahres im Einsatz sind. Die Einrichtung soll Ansprechpartner sein sowohl für Schulen, schulisches Personal, Schulträger und Studienseminare als auch für Schüler und Schülerinnen und deren Eltern. „Neben der ortsnahen Beratung ist es Aufgabe der RZI, Entscheidungen zum Einsatz des sonderpädagogischen Personals an Schulen vorzubereiten“, heißt es in der offiziellen Beschreibung der Landdeshschulbehörde. „Ziel ist es, landesweit unter Beachtung regionaler Ausprägungen eine vergleichbare Qualität in der Ausstattung der Schulen mit entsprechender sonderpädagogischer Expertise sicherzustellen.“ So weit zur Theorie. Was würde denn nun konkret passieren, wenn Eltern ihr Kind mit nachgewiesenem Förderbedarf beispielsweise an einem Gymnasium anmelden möchten? Das wollte Blanka Seelgen (Die Linke) wissen. „Einen solchen Fall habe ich bisher noch nicht gehabt“, räumte Christoph Bahlmann ein. „Ich kann ohnehin nur die Vor- und

Nachteile benennen. Die Entscheidung müssen letztlich die Eltern selbst treffen.“

Das macht die Sache für die Eltern natürlich nicht unbedingt leichter. Ungeachtet dessen waren sich die Mitglieder des Schulausschusses einig, dass man die anderen Kinder von „durchschnittlich“ bis hochbegabt keinesfalls vergessen darf. „Schließlich müssen auch die irgendwie mit der Inklusion fertig werden“, wie Beate Jeromin-Oldewurtel (Grüne) hervorhob.

Individuelle Rücksicht

Das Inklusionskonzept, das jetzt für den Landkreis Aurich erarbeitet werden soll, möchte diese Aspekte für sämtliche Schulformen und alle Schülerinnen und Schüler so umfangreich und individuell wie möglich berücksichtigen. Wer sich wie genau daran beteiligen wird, steht noch nicht fest. „Wichtig ist, dass die Politik von Anfang an mit einbezogen wird“, forderte Sven Behrens (CDU) und erntete dafür breite Zustimmung. Von heute auf morgen dürfte das Konzept nicht fertig werden. „Das wird wohl mindestens bis 2021 dauern“, so die Einschätzung von Schulamtsleiterin Talea Eiben.

Für Fragen zum Thema Inklusion im Landkreis ist Bahlmann der Ansprechpartner: RZI, Extumer Weg 63, 26603 Aurich, Telefon: 04941/1644-41 E-Mail: Christoph.Bahlmann@nlschb.niedersachsen.de.